



Niederschrift

25. Plenarsitzung des Gemeinderates
18. Mai 2021, 15:30 Uhr
öffentlich
Gartenhalle, Kongresszentrum
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

14.

Punkt 14 der Tagesordnung: Einstellung des Projekts der neuen Entsorgungslogistik des Amtes für Abfallwirtschaft (AfA)

Antrag: FDP

Vorlage: 2021/0271

Beschluss:

Kenntnisnahme von der Stellungnahme der Verwaltung

Abstimmungsergebnis:

Bei 7 Ja-Stimmen und 39 Nein-Stimmen mehrheitlich abgelehnt

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 14 zur Behandlung auf, verweist auf die erfolgte Vorberatung im Gemeinderat und im Ausschuss für öffentliche Einrichtungen sowie die vorliegende Stellungnahme der Verwaltung.

Stadtrat Hock (FDP): Zu unserem Antrag, zu der Einstellung des Projekts der neuen Entsorgungslogistik möchte ich mich - so wie Sie gerade gesagt haben, wir haben noch ein wenig Zeit - ein bisschen auslassen. Grundsätzlich haben wir nichts dagegen, dass man Zettel anbringt und darauf aufmerksam macht, dass man einen Fehleinwurf hat. Damit können wir noch leben. Nur ist dieses Projekt wirklich zu Ende gedacht? Wenn man sieht, dass jetzt eine Kolonne mit vier Leuten eine Sichtkontrolle vornimmt. Auch die normalen Müllwerker machen jeden Tag eine Sichtkontrolle. Die machen den Deckel auf und gucken rein. Das habe ich schon selber abgefragt. Es ist so. Dann kann es nicht sein, dass die vier Leute auch nur eine Sichtkontrolle machen. Sie machen auch nicht nur eine Sichtkontrolle, Herr Oberbürgermeister, um das mal klar zu sagen.

Es geht darum, wenn wir das jetzt weiterführen, dann möchte ich aber auch bitte dazu gesagt bekommen von der Stadtverwaltung, wie ist das Projekt denn zu Ende gedacht? Im Moment steht drin, in diesem Zusammenhang sind derzeit keine gebührenpflichtige Sonderleerungen geplant. Das heißt, man denkt natürlich schon darüber nach, dass es im Endeffekt für die Mitbürgerinnen und Mitbürger dann auch Geld kostet, und dass wir dann noch weiteres Personal

dazu einstellen müssten, wenn wir das zu Ende gedacht haben. Das steht auch in dieser Vorlage. Wie gesagt, wir möchten es auch nicht mehr auf die lange Bank schieben. Wir wollen, dass dieses Projekt eingestellt wird. Bei Einzelhäusern, bei einem völlig freistehenden Haus, kann man zum Beispiel noch sagen: der war es. Bei den großen Wohnblocks möchte ich einmal wissen von Ihnen, wie Sie das umsetzen. Da gehört dann an einen großen Container auch ein Zettel hingehängt, und der Facility Manager muss dann klären, wer hat den Fehleinwurf gemacht. Das erschließt sich mir nicht, wie das gehen soll.

Wir sind für Aufklärung. Wir sind an Ihrer Seite, wenn Sie sagen, Sie wollen die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt sensibilisieren, dass wir in diesem Projekt auch weitergehen müssen. Aber dass die Leute mit ihrem Müll ausspioniert werden, da sind wir strikt dagegen. Deshalb sind wir für die Einstellung dieses Projektes.

Stadträtin Großmann (GRÜNE): Im Ausschuss für öffentliche Einrichtungen haben wir den Antrag der FDP schon diskutiert. Wir GRÜNE haben damals bereits bekundet, dass wir den Ausführungen der Verwaltung folgen. Natürlich ist es uns auch wichtig, dass das neue System der Entsorgungslogistik für die Bürger*innen und Stadträt*innen transparent ist. Wir GRÜNE fühlen uns allerdings in dieser Hinsicht gut informiert und begrüßen das System der Bechippung und Sichtung, das einen wichtigen Beitrag zur ressourcenschonenden Entsorgung und Wiederverwertung der anfallenden Abfälle und damit zum Umweltschutz leistet. Wir halten es deshalb für nicht angebracht, im Moment dieses Projekt zu stoppen. Eine Gängelung und Überwachung der Bürger*innen Karlsruhes findet unseres Erachtens durch dieses schon lange eingeführte und jetzt weiterentwickelte System nicht statt.

Alles in allem sehen wir darin eine Verbesserung des gesamten Abfallsystems, zum Beispiel dass problematisch befüllte oder verlorengegangene Behälter nachverfolgt werden können. Natürlich darf es dabei nicht zu personenbezogenen Daten kommen, die gespeichert werden. Das soll natürlich nicht passieren. Wir sehen das auch wie die Verwaltung, die Sichtkontrolle der Behälter bringt auf lange Sicht eine Entlastung für die Bürger*innen und der Mitarbeiter*innen des AfA. Ein Nutzen entsteht für alle, wenn sie richtig trennen. Dies führt, abgesehen von der positiven Auswirkung auf die Umwelt, auch zu niedrigeren Entsorgungskosten. Es ist richtig, den Bürger*innen durch gezielte Ansprache die Möglichkeit einer Verhaltensänderung im Sinne des Systems aufzuzeigen. Denn uns ärgert alle, dass bis zu 50 Prozent Fehleinwürfe in den Tonnen festgestellt wird. Die Stadt wird aktiv. Es gibt einige Beispiele dafür, dass es durch die Sichtkontrolle in Stadtteilen zu Verhaltensänderungen geführt hat und so eine Bevormundung der Bürger*innen vermieden wurde.

Natürlich muss durch dieses neue System auch die Bevölkerung informiert werden. Wir freuen uns über die Bemühungen, das Thema Mülltrennung voranzutreiben und damit eine optimale Verwertung zu gewährleisten. Deshalb lehnen wir den Antrag ab.

Stadtrat Maier (CDU): Die Stellungnahme der Verwaltung spricht von einer Fortführung der bereits 2012 beschlossenen Bechippung. Ganz offensichtlich dauern unsere Prozesse zu lang. Das könnte man in dem Kontext vielleicht bemängeln. Wir alle wissen, dass das AfA sich in einer Umstrukturierung befindet. Zugegebenerweise, als ich für unsere Fraktion damals zuständig wurde, hatte ich mir auch erhofft, dass das Ganze schneller geht. Auch hier dauert mir das alles viel zu lang. Trotzdem haben wir die Hoffnung, dass das AfA in Zukunft dann noch bessere Ar-

beit - die machen jetzt schon gute Arbeit - und strukturiertere Arbeit macht. Da hilft auch diese Bechippung. Von daher schließen wir uns der Antwort der Verwaltung an und tragen diese mit.

Stadtrat Zeh (SPD): Wir haben es schon im Ausschluss für öffentliche Einrichtungen ausführlich diskutiert. Herr Hock, vielleicht haben Sie es damals nicht gehört, aber noch einmal ganz klar: die Leute, die jetzt den neuen Chip in die Biotonne reinmachen, die schauen halt einfach rein. Das sind nicht die Leute, die die Mülltonnen leeren, sondern die machen den Chip in die letzte der drei Tonnen. Die Wertstofftonne hat es als einzige ja nicht, weil die bald nicht mehr zu uns gehört. Aber die Restmülltonne und die Papiertonne, die beiden Tonnen sind seit 2012 bechipppt worden. Jetzt wird die Biotonne als dritte der städtischen Tonnen bechipppt. Da schauen sie halt rein, machen natürlich dann auch einen Zettel drauf, wenn irgendwo zu viel Plastik drin ist. Aber wir brauchen eine Trenndiät. Die ist zumindest in einem Stadtteil durchaus erfolgreich gewesen. Sonderleerungen müssten wir über die Gebührensatzung ändern. Die kann die Verwaltung nicht einfach beschließen. Aber es ist nicht zukunftssträchtig, wenn in der roten Tonne, wie auch schon erwähnt wurde, 50 Prozent Restmüll drin ist. Da muss man natürlich schauen, gibt es Verantwortliche oder nicht. Es ist an sich nicht die Hausgemeinschaft im Größeren. Das ist ganz klar, das ist die Schwierigkeit. Aber da muss dann die Hausverwaltung aktiv werden und ihre Mieter aufklären oder ansprechen. Letztendlich ist eine solche Informationskampagne durchaus richtig und wichtig.

Wir sind also auch für die Fortsetzung der entsprechenden Kampagne, sehen auch keine Probleme beim Datenschutz. Es ist auch vorteilhaft, wenn Sie mit solchen Chips nachweisen können, diese Mülltonne wurde tatsächlich jede Woche geleert und nicht, wie behauptet wird, vielleicht nicht geleert. In dem Sinne stehen wir mit der Verwaltung und lehnen den FDP-Antrag ab.

Stadtrat Schnell (AfD): Die Stadt Karlsruhe hat es seit 2012, also jetzt in bald fast zehn Jahren, nicht geschafft, die Bechippung von Mülltonnen vollständig zu realisieren, daraus verlässliche Informationen zu gewinnen, um das Ganze überhaupt hinsichtlich seines Nutzens zu evaluieren. Für die Trenndiät, also eine verbesserte Müllsortierung durch die Bürger, kommt es wesentlich besser zupass, wenn die Abfallgebühren nicht so gestrickt sind, dass die Restmülltonne die komplette Gebührenlast auf sich vereinigt, während die anderen Mülltonnen kostenlos sind. Eine solche Gebührenstruktur ruft zwangsläufig Kostenoptimierer auf den Plan, die alles, was nicht mehr in eine zu kleindimensionierte Restmülltonne passt, eben nun beim Wertmüll, dem Kompost oder dem Altpapier unterbringen. Weil ein Ende mit geringem Schrecken viel besser ist als ein Schrecken ohne Ende, unterstützen wir diesen Antrag der FDP und befürworten die Einstellung dieses Projektes der neuen Entsorgungslogistik des Amts für Abfallwirtschaft.

Stadtrat Kalmbach (FW|FÜR): Ich vermute, dass die FDP des Nachts Visionen hat, dass irgendwelche Videokameras auf die Tonnen gerichtet werden und dass es nachgespürt wird. Aber Spaß dahin. Fakt ist, viele Menschen haben eine Tonne, die wird geleert und die kostet nichts. Mit dem System können wir feststellen, wer Gebühren bezahlt und wer nicht bezahlt. Wir können tatsächlich Gebührengerechtigkeit an dieser Stelle herstellen, was durchaus richtig ist.

Wir haben die zweite Tatsache in Karlsruhe, dass wir eine Trennqualität haben, die unterdurchschnittlich ist, die deutlich schlechter ist als in anderen Städten. Deswegen lohnt es sich, auch mal reinzugucken. Übrigens gucken die bloß einmal rein bei der Bechippung und machen nur eine Sichtkontrolle. Sie tauchen nicht in den Müll rein und suchen dann die ganzen Teile raus, sondern sie schauen rein. Was sichtbar ist, wird bewertet. Dann kommt ein kleiner Zettel an die

Tonne. Das ist überhaupt nichts Problematisches. Wir müssen uns wirklich überlegen, wie können wir in Karlsruhe eine bessere Trennqualität hinkriegen. Dazu geht es nicht um erzieherische Maßnahmen, sondern es geht um Überlegungen, wie können wir das hinkriegen, dass wir die Bevölkerung mitnehmen, dass ein Bewusstsein dafür da ist, dass es auch Kosten drückt, wenn wir tatsächlich günstig und gut Müll trennen. Deswegen, liebe FDP, können wir leider nicht mitgehen. Das macht keinen Sinn für uns, das führt zu keinem Ziel.

Der Vorsitzende: Ich möchte noch einmal die Frage stellen, ob das Kostenoptimierung ist, wenn ich den Müll, für den ich bezahlen muss, in den Tonnen entsorge, für die ich nichts bezahlen muss. Das halte ich für schlichtweg einfach Betrug, und zwar Betrug an der Allgemeinheit, die diese Mülltonnen umsonst zur Verfügung stellt, weil hier normalerweise recycelbarer Wertstoff gesammelt wird, der dann so verschmutzt ist, dass wir zum Teil Annahmeprobleme haben bei den Stationen, die uns das abnehmen und erhebliche zusätzliche Kosten bei den Wertstofftonnen, weil da eben so viel Restmüll drin ist. Ich finde diese Romantisierung eines völlig ungebührlichen Verhaltens an dieser Stelle schwer nachvollziehbar. Das muss ich Ihnen offen sagen. Genauso wie ich vielleicht in die Brötchentüte schaue, ob der Bäcker mir die Brötchen zusammengebaut hat, die ich einen Tag vorher bestellt habe, ist es doch in Ordnung, dass, wenn wir eine Dienstleistung mit Bürgern vereinbaren, nachschauen, ob sich der Bürger an das hält, was er mit dieser Dienstleistung bei uns eingekauft hat. Ich verstehe zum Teil nicht, was das mit Spionage zu tun haben soll. Die wahnwitzige Idee, weil die Bürger Kostenoptimierer sind und deswegen dann nicht alles in alle Tonnen schmeißen, führen wir jetzt für alle Tonnen gleiche Gebühren ein, führt doch dazu, dass sie es dann erst recht tun. Ich kann manche Dinge hier nicht nachvollziehen, muss ich Ihnen ganz ehrlich sagen. Das entspricht nicht meinem Verständnis über die Rollen, die wir hier haben und auch die Erwartungen, die wir eigentlich haben dürfen. Hier geht es letztlich um miteinander vereinbarte vertragliche Grundlagen. Da muss ich doch überprüfen, genauso wie jeder Bürger das Recht hat, sich bei uns zu beschweren, wenn die Mülltonne nicht abgeholt wird. Da kann ich auch nicht sagen, der spioniert mich aus. Ich komme zum Teil - ehrlich gesagt - nicht mehr mit an der Stelle.

Ich habe das jetzt so verstanden, dass wir den Antrag abstimmen, und das tun wir jetzt hiermit.
- Das ist eine mehrheitliche Ablehnung.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –
7. Juni 2021